



Interviews

01. Dezember 2023, 6.50 Uhr

Michael Roth (SPD), Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, im Gespräch mit Philipp May

May: Ende der Waffenruhe in Gaza, tragisch für die über 100 verbliebenen Zivilisten bzw. Geiseln in der Hand der Terrororganisation und tragisch für die Zivilbevölkerung in Gaza. Am Telefon ist jetzt Michael Roth, SPD-Bundestagsabgeordneter und dort Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses. Guten Morgen, Herr Roth.

Roth: Guten Morgen, Herr May, ich grüße Sie.

May: Was droht denn jetzt da?

Roth: Ja, mit Hamas ist kein Frieden möglich. Das haben die vergangenen Tage noch einmal sehr deutlich gezeigt. Kürzlich der furchtbare Anschlag auf Zivilisten in Jerusalem, jetzt die einseitige Aufkündigung der zeitlich befristeten Feuerpause. Das verheißt leider nichts Gutes.

May: Und trotzdem stellt sich natürlich jetzt die Frage: Kann Israel einfach so weitermachen, jetzt vor allen Dingen auch im Süden, wie es den Krieg bisher im Norden geführt hat?

Roth: Ich finde die israelische Position mehr als nachvollziehbar, dass man dem Hamas-Terror die Grundlage entzieht. Und dafür muss die Infrastruktur zerstört werden. Und Sie haben völlig recht, Herr May, auch ich hätte erwartet, dass Hamas endlich ein Einsehen hat und nicht Hunderttausende von Zivilistinnen und Zivilisten im Gazastreifen als humanitären Schutzschild missbraucht. Hamas hat ja selber zugegeben, dass man auf Menschenleben keine Rücksicht nimmt, auch nicht auf die eigene Bevölkerung. Sondern man will Israel in die Knie zwingen. Man will Israel diskreditieren. Man will keinen Frieden. Man will im Prinzip diesen Staat und seine Bevölkerung vernichten.

May: Ist vollkommen klar, dass die Hamas eine üble Terrororganisation ist, und dass die Hamas die eigene Bevölkerung als Geiseln nimmt. Jetzt sind aber, laut der Gesundheitsbehörde in Gaza - sind auch Hamas-Zahlen - fast 15.000 Menschen ums Leben gekommen.

Allerdings muss man sagen, die Zahlen, die Hamas in solchen Situationen angegeben hat, die haben sich im Nachhinein immer mehr oder weniger bestätigt. Die werden auch so von den Hilfsorganisationen vor Ort übernommen. Die Frage ist natürlich jetzt schon: Ist es eine besonders kluge Art der Geiselbefreiung, wenn am Ende mehr Geiseln tot sind – und damit meine ich jetzt die Zivilbevölkerung – als die Terroristen?

Roth: Also, das finde ich jetzt ein bisschen merkwürdig. Israel hat ja einen sehr hohen Preis bezahlt, um schon einmal Geiseln befreien zu können. Hamas hat sich leider nicht an die Verabredungen gehalten. Und es gibt nach wie vor in der israelischen Gesellschaft einen großen Druck, dass wirklich um jede Geisel gekämpft wird. Ich habe vergangene Woche, als ich in Israel war, auch noch einmal mit Angehörigen von Geiseln gesprochen. Und ich werde nie vergessen, wie mir eine ältere Israeliin sagte, sie versteunde, dass unsere Priorität auf den Frauen und auf den Kindern läge - aber auch sie sei Mutter eines 38-jährigen Sohnes, der wiederum Vater von mehreren Kindern sei, und sie bittet uns inständig darum, dass wir auch um sein Menschenleben kämpfen. Und er ist nach wie vor in den Händen der Hamas. Deshalb muss es weitergehen mit der Befreiung der Geiseln. Und das weiß natürlich auch die israelische Regierung. Sie weiß aber eben auch, dass sie einen sehr, sehr hohen Preis dafür zahlen wird.

May: Wenn Sie sagen, es muss weitergehen mit der Befreiung der Geiseln, die sind ja bisher durch Verhandlungen freigekommen und nicht durch die Bodenoffensive.

Roth: Ich gehe fest davon aus, dass dieser Rückschlag, den wir jetzt leider erleben müssen, weil Hamas die Verabredung gebrochen hat, nicht dazu führt, dass keine Verhandlungen mehr aufgenommen werden. Das muss auch weiterhin die Priorität von uns allen sein, von der internationalen Gemeinschaft, aber auch von der israelischen Regierung, dass wir alles dafür tun, dass Geiseln befreit werden. Und die israelische Regierung hat ja auch deutlichgemacht, dass sie zu sehr weitreichenden Zugeständnissen bereit ist. Und noch einmal: Das ist auch die Erwartung der Menschen in Israel.

May: Und trotzdem, ich möchte gern noch mal auf die Zivilisten abheben, weil das ja eine Sorge ist, die ganz viel im Westen geteilt wird bisher – nicht nur im Westen, im Prinzip auf der ganzen Welt. Es sind jetzt in acht Wochen Krieg mehr Menschen gestorben, mehr Menschen aus der Zivilbevölkerung gestorben als in 20 Jahren Afghanistan-Einsatz. Wir wissen, wie Afghanistan am Ende geendet ist für den Westen. Zu was Gutem soll das führen in Gaza Ihrer Meinung nach?

Roth: Es soll dazu führen, dass die Menschen in Israel ein für alle Mal wieder in Sicherheit und in Frieden leben können. Es soll die Grundlage dafür bieten, auch wenn das noch weit entfernt zu sein scheint, dass es zu einer friedlichen Existenz zwischen Palästinensern und Israelis kommt. Und es soll auch die Grundlage dafür legen, dass es zu einer Zweistaatenlösung kommt. Wie die aussehen wird, das ist noch fraglich. Noch einmal: Wir betrauern jeden Unschuldigen, der zu Tode kommt. Das ist eine schwere Tragödie. Und die israelische Armee steht nach wie vor vor einem schweren Dilemma, das auch nur schwer aufzulösen ist. Wenn man den Terror schnell bekämpft, dann muss man leider mit einer hohen Zahl an Opfern rechnen. Das ist tragisch. Wenn man langsam vorgeht – und das tut die israelische Armee ja -, sie hat ja immer wieder auch Feuerpausen eingelegt, humanitäre Korridore geschaffen, sie warnt die Zivilistinnen und Zivilisten. Wenn man auch sehr langsam vorgeht, dann dauert der Krieg auch noch länger. Und natürlich wächst die Ungeduld in der internationalen Gemeinschaft. Diese Bilder sind ja auch schwer zu ertragen. Und sie werden auch ganz bewusst von Hamas präsentiert. Noch einmal: Das ist auch ein Kommunikationskrieg, der gegen Israel stattfindet. Und Hamas setzt ganz bewusst ihre eigene Bevölkerung ein und ignoriert das schwere Leid, was auch Palästinenserinnen und Palästinenser zu tragen haben.

May: Vollkommen klar, aber deswegen ist ja die Frage: Geht Israel der Hamas nicht genau in die Falle mit dieser Art der Kriegsführung?

Roth: Noch einmal: Israel steht – und das ist die Erwartung der Israelis, selbst dieser Bevölkerung – Israel steht in der Pflicht, dem Terror das Handwerk zu legen, sonst kann es keinen Frieden mehr geben. Will auch mal auf das Schicksal von rund 250.000 Vertriebenen in Israel hinweisen, die ja nun die Gebiete, die an Gazastreifen angrenzen oder auch im Norden Israels verlassen mussten und die nicht zurückkehren können bis auf Weiteres. Also, auch in Israel erleben wir faktisch eine Reduzierung des Staatsterritoriums, weil es einfach zu unbewohnbaren Bereichen kommt. Also, wir erleben auch eine schwere Tragödie dieses Krieges in Israel selbst. Und umso wichtiger ist es, dass wir diesen Terror bekämpfen, dass wir natürlich das internationale Recht einhalten, dass Israel seiner Verantwortung gerecht wird, aber Israel muss auch der Verantwortung gegenüber der eigenen Bevölkerung gerecht werden. Und ich finde es manchmal schwierig, wenn wir zu vergessen drohen, was am 7. Oktober eigentlich stattgefunden hat an Grausamem ... dieses Land ist traumatisiert. Dieses Land hat etwas Furchtbares erlebt. Und ich finde, dass wir das auch in unseren Gesprächen mit Israel niemals vergessen dürfen.

May: Das finde ich auch. Und dennoch, ich frage jetzt so beharrlich, weil ich das schon auffällig finde im Vergleich zu anderen Ländern. Auch in den USA zum Beispiel, gerade innerhalb der demokratischen Partei, bis ja auch weit hinein in die Administration von Joe Biden

selbst, da herrscht Uneinigkeit über den Kurs in der Nahostfrage. Da herrscht ganz offensichtlich auch ein großes Unbehagen. Sie haben ja sicherlich auch gestern Tony Blinken, den US-Außenminister, bei Netanjahu mitbekommen. Da war ein großer Appell an Israel, jetzt anders mit der Zivilbevölkerung umzugehen. Aber im größeren Teil der deutschen Politik, egal jetzt, ob Ampel oder Union, höre ich keine Zweifel, keine Warnung. Fast egal, wen man fragt. Natürlich verweisen alle auf den vollkommen unbestrittenen barbarischen Terror der Hamas. Haben Sie auch gemacht. Und natürlich gibt es unbestritten das Selbstverteidigungsrecht Israels. Und es gibt auch dann den Verweis auf das humanitäre Völkerrecht. Aber das war es dann auch. Sie sind sich alle so sicher.

Roth: Wir sind uns überhaupt nicht sicher. Dieses Land ist im Krieg. Es sterben tagtäglich Menschen. Das ist eine schwere Tragödie und die muss man auch anerkennen. Aber ich bin sehr dankbar meinen Kolleginnen und Kollegen im Deutschen Bundestag. Wir in Deutschland, die Politik steht fest an der Seite Israels. Das hat der Bundeskanzler, das hat der Deutsche Bundestag mit breitesten Mehrheit immer wieder bekundet. Und Sie haben völlig Recht, diesen Streit, der in manchen Ländern, auch in den USA, ausgetragen wird, den gibt es bei uns nicht. Beispielsweise steht der US-amerikanische Präsident Biden unter dem Druck eines Teils seiner eigenen Partei. Und diesen Druck gibt es bei uns nicht. CDU/CSU, SPD, Grüne, FDP stehen fest an der Seite Israels. Wir unterstützen unsere Regierung. Das anerkenne ich auch sehr, dass es hier keinen Streit zwischen Opposition und zwischen Regierungsparteien gibt. Und damit, da haben Sie völlig Recht, Herr May, hat Deutschland eine ganz besondere Rolle auch in der Europäischen Union. Und diese Rolle wird natürlich auch von vielen Menschen in Israel sehr wertgeschätzt. Die Menschen sind uns gegenüber sehr dankbar, weil sie den Eindruck haben, dass wir verstehen, was da Furchtbares passiert ist. Und sie verstehen auch, dass es für die Israelis selbst sehr, sehr schwierig ist, diesen Terror zu bekämpfen und gleichzeitig so viele Zivilistinnen und Zivilisten wie möglich zu schützen, damit dem Hamas-Terror endgültig das Handwerk gelegt werden kann.

May: Herr Roth, ich möchte noch auf eine andere Diskussion eingehen, die um Sie über Twitter – bzw. X, wie das Netzwerk jetzt heißt – geführt wurde. Sie waren letzte Woche in Israel zum Solidaritätsbesuch. Haben Sie gerade eben ja auch geschildert. Genau wie eine Woche später der Bundespräsident, Frank-Walter Steinmeier. Wo Sie beide nicht waren, in den Palästinenser-Gebieten. Warum nicht?

Roth: Ja, einer Ihrer Kollegen vom Deutschlandfunk hat mich das gefragt. Ich war etwas irritiert über diese Frage, weil ich ganz bewusst einen Solidaritätsbesuch nach Israel gestartet hatte. Ich trete hier nicht als Vermittler auf wie andere. Sondern ich wollte mir einen eigenen Eindruck verschaffen von der Diskussionslage vor Ort und was wirklich geschehen ist, weil wir in Deutschland und in anderen Ländern teilweise gar nicht mehr darüber reden. Und ich

werde die schrecklichen Bilder, die ich im Kibbuz Kfar Aza gesehen habe, niemals vergessen. Und ich finde es auch richtig, dass man jetzt eine klare Haltung einnimmt. Und gleichzeitig ist ja Deutschland auch an vielen Gesprächsformaten beteiligt. Die Außenministerin war ja auch bei der Palästinenserbehörde. Wir führen Gespräche mit Katar und mit anderen moderaten arabischen Ländern, auf die es natürlich in den nächsten Monaten und Jahren ankommen wird. Wenn wir eine friedliche Lösung für den Nahen Osten anstreben, dann geht es ganz zentral darum, dass der Iran endlich als Terrorregime isoliert wird, und dass die moderaten arabischen Staaten ihrer Verantwortung auch für Frieden und Stabilität gerecht werden.

May: Ich will Ihren Solidaritätsbesuch gar nicht infrage stellen, aber die PLO, die palästinensische Autonomiebehörde, die soll ja in allen bisherigen Überlegungen, gerade aus dem Westen, eine entscheidende Rolle spielen, wenn es um die Nachkriegsordnung in Gaza geht. Warum bekommt diese PLO dann doch so wenig Solidaritätsbesuche von deutschen Spitzenpolitikern in dieser Situation? Das fällt ja auf im arabischen Raum.

Roth: Na, Herr Abbas, also der Präsident, hat sich ja bislang nicht eindeutig vom Hamas-Terror distanziert. Und Sie haben völlig recht, die Palästinenserbehörde befindet sich in einer sehr schwierigen Lage, weil sie offenkundig auch in der palästinensischen Bevölkerung selber kaum über Ansehen und Akzeptanz verfügt. Aber Sie haben völlig Recht, niemand in Israel und auch wir wollen nicht, dass der Gazastreifen in israelische Hände geht, sondern wir wollen, dass es zu keinen Gebietstauschen oder zu neuen Ordnungen kommt, sondern wir wollen, dass Frieden herrscht.

May: Die Nachrichten kommen. Michael Roth, vielen Dank für das Gespräch.

Roth: Ich danke Ihnen.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder.
Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*